

Beifahrtszeitung

Lageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Nellele Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierseitig 10 Pf. ohne Bezug
fragen. — Einzelne Nummern
10.—Gesprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3.
Gemeindeverband-Girokonto Nr. 3. — Postleitz-
konto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigepreise: Die lebensgewohnte Bevölkerung
10.—außerhalb der Haupt-
stadtmauer 10.—Pf., im amischen Teil (aus
dem Gebiet) die Zeile 10.—Pf. — Geringe und
Reklame 5.—Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Gebne. — Druck und Verlag: Carl Gebne in Dippoldiswalde.

Nr. 254

Sonntag den 29. Oktober 1922

88. Jahrgang

Betr. laufende Teuerungszuschüsse.

Die laufenden Teuerungszuschüsse für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene sind abermals und zwar um durchschnittlich zwei Drittel der bisherigen Sätze mit Wirkung ab 1. Oktober 1922 erhöht worden. Die für den Monat Oktober fällige Nachzahlung wird den Empfangsberechtigten ohne besonderen Auftrag in den nächsten Tagen zugehen.

Alles Nähere ist bei den Vertrauensleuten zu erfahren.
Bezirksammt für Kriegerfürsorge Dippoldiswalde,
396 Kf. I. am 26. Oktober 1922.

Landtagswahl

Sonntag den 5. November d. J. von vormittags 9 bis nachmittags 6 Uhr.

Für die Stimmabgabe ist die Stadt in 2 Stimmbezirke geteilt. Es umfasst der 1. Bezirk die Häuser Ortslisten-Nr. 1—200 Abt. A, der 2. Bezirk die Häuser Ortslisten-Nr. 201 bis 316 Abt. A und Nr. 1—112 Abt. B. Wahlraum ist für den 1. Bezirk das Rathäuschenzimmer, für den 2. Bezirk der Rathausaal. Es sind ernannt worden die Herren:

Stadtrat Gieholt zum Wahlvorsteher des 1. Bezirks,
(Stadtrat Schwind Stellvertreter),
Stadtrat Jäckel zum Wahlvorsteher des 2. Bezirks,
(Stadtrat Voigt Stellvertreter).

Dippoldiswalde, den 28. Oktober 1922. Der Stadtrat.

Montag den 30. Oktober 1922 abends 1/2 8 Uhr
öffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde.

Tagesordnung hängt im Rathause aus.

Wessentliche Sitzung des Schulausschusses zu Dippoldiswalde

am 27. Oktober 1922.

Der Ausschuss ist volljährig bis auf den Stadtvororten Schubert.

Kenntnis genommen wird von der Zuweisung eines Hilfslehrers für eine nach Leipzig gegangene Lehrkraft.

Der Turnverein Dippoldiswalde bittet um Genehmigung zur Teilnahme seiner Kinderabteilung an einer öffentlichen Weihnachtsaufführung und um Überlassung des Schul-Singzimmers an einigen Mittwoch-Nachmittagen zum Einsingen von Kinder vorträgen für den gleichen Noch. Dem Gesuch wird entprochen, bezüglich des Zimmers unter den üblichen Bedingungen.

Zustimmend nimmt man Kenntnis von der Überlassung der Turnhalle an den Gewerbeverein am 25. Oktober zu einem Lichtbündertreffen und für den 2. November an die Kommunistische Partei zu einer Wählerversammlung.

Die Reinigungsfrauen bitten, ab 18. 10. ihren Stundenlohn von 6 auf 25 M. zu erhöhen. (Die wöchentlichen Kosten des Schulreinigens würden dann 900 M. betragen.) Die Angelegenheit wird dem Finanzausschuss überwiesen.

Mit Ostern 1923 tritt das Schulbedarfsgesetz in Kraft. Damit wird die Volksschule in der großen Hauptfläche vom Staat übernommen, untersteht aber damit auch mehr als bisher der staatlichen Ansicht, besonders der Kosten wegen. Der Stundenplan für Ostern 1923, der bis zum 15. November eingereicht sein muss, wird deshalb vom Unterrichtsministerium auch daraufhin geprüft, daß er nichts enthält, was der Staat nach dem Gesetz nicht zu bezahlen hat. Auf eigene Kosten können die Gemeinden wohl ein übriges tun, wenn sie Geld haben. Da in mehreren Punkten Unsicherheit bestand bezüglich des in der angekündigten Höchst-Zulässigen, bat Bürgermeister Herrmann und Schulleiter Schmidt sich persönlich im Ministerium auskunfts, über die Schulleiter Schmidt referiert, wie gleichzeitig über den daraufhin ausgearbeiteten neuen Lehrplan. Er führt u. a. aus: Von der Übernahme unserer Schule auf den Staat haben wir viel Neues und Verbesserung unseres Schulwesens kaum zu erwarten, da es schon sehr gut ausgebaut ist. Der Staat wird vor allen Dingen eine Hebung der dienen gegen die unsferen juristischenden Schulen versuchen. Die Schülerzahl in den einzelnen Klassen sei bei uns nicht so hoch. Am dem vorliegenden Stundenplan der Normalklassen ist nichts zu ändern; die Stundenzahlen entsprechen dem Gesetz. Für den Stenographie-Unterricht in den zwei Knaben-Oberklassen möchten die Kinder zwar wie bisher von der Lehrerschaft mit Zustimmung der Eltern ausgewählt werden (unter Berücksichtigung der Fähigkeiten usw.). Für die einmal ausgewählten aber muß der Unterricht Pflichtfach werden, da andernfalls die Kosten vom Schulbezirk zu tragen sind. Für die beiden Oberklassen der Sprachenabteilung sind 32 Wochenstunden vorgesehen. Das Gesetz geht aber nur bis 30; mehr werde der Staat auch nicht bezahlen. Damit könne aber unsere Schule auch ganz gut auskommen. Die Kinder seien den Gleichaltrigen an höheren Schulen an sich vorwärts dadurch, daß unsere Schule ein Jahr früher als jene mit dem Sprachunterricht beginne. Auch mit Rücksicht auf die Gesundheit der Kinder seien 30 Stunden reichlich, zu denen obnein noch das Turnen und der Handarbeitsunterricht kämen. Als in die Hilfsschule gehörig habe das Übergangsschulgesetz die Kinder bezeichnet, die dem normalen Unterricht mit Erfolg nicht zu folgen vermöchten. Wahrscheinlich sei die Umschreibung des Begriffes nicht allethalben im Sinne des Ministeriums auf-

gefaßt worden, denn das Schulbedarfsgesetz spreche in präzisierter Form von stetig verwohlösten und schwachsinnigen Kindern. Die Bezeichnung der Hilfsschule mit 40 von rechtlich 60 Kindern wurde denn auch im Ministerium für zu hoch angesehen. Das decke sich mit seiner seit Jahren vertretenen persönlichen Auffassung, daß unserer Hilfsschule Kinder zugelassen werden, die nicht hineingehören. Er glaubte nicht, daß das Ministerium drei Hilfsschulen auf Staatskosten übernehmen werde. Man werde auf zwei eingeschränkt und müssen. Stundenermäßigung wegen Alters gibt es nicht mehr, sondern nur noch wegen dauernder Verwaltungsarbeiten. Bürgermeister Herrmann bekräftigt noch verschiedentlich die Ausführungen des Schulleiters. Hierauf saßt der Ausschuss unter gleichzeitiger Erledigung der Anträge der Lehrerschaft folgende Beschlüsse: Der Unterrichtspland der Normalklassen wird geändert, der Stenographieunterricht wird Pflichtfach; Ostern 1923 wird eine neue (die leichte) Sprachenklasse aufgestellt, die beiden Oberklassen erhalten 30 Wochenstunden (gegen 2 Stimmen); die Hilfsschule wird auf zwei Klassen beschränkt (gegen 2 Stimmen); in der Knaben-Fortbildungsschule werden 8 statt bisher 5 Wochenstunden gegeben; das Ministerium ist um eine hauptamtliche Lehrkraft für diese und um Übernahme von im ganzen 18 Überstunden zu ersuchen.

Die beiden Lehrervertreter traten vorher warm dafür ein, die Beibehaltung der 32 Wochenstunden für die Sprachen-Oberklassen und der drei Hilfsschulklassen zu verlängern. Man müsse nach Lage der Sache doch bestrebt sein, für unsere Schule herauszuholen, was möglich sei, und nicht von hier aus rückwärts zurückzudrehen. Die Großherren hätten eine ganz andere Möglichkeit, Rügen aus dem Gesetz zu ziehen, und würden davon sicherlich Gebrauch machen. Mache uns das Ministerium Abstriche, so müsse man sich dann allerdings damit abfinden.

Auf Antrag des Hilfsschul-Lehrers Goss wird die Zahl der Wochenstunden der verbleibenden beiden Hilfsschulklassen um je 4 erhöht, obwohl der Schulleiter daran hinweist, daß seinerzeit bei Bringung des Raummangels wegen Schwierigkeiten machen würde. Wenn das Ministerium dieser Wochenstundenzahl zustimmt, wäre dann deren Verteilung auf drei Klassen nicht vielleicht vorteilhafter der Altersunterschiede der Kinder wegen? Mehrkosten möchte das ja nicht. (D. B.)

Die oberste Sprachenklasse wird Ostern 1923 nur 9 Kinder zählen. Abgesehen davon, daß einige Knaben auf höhere Schulen übergegangen sind, liegt der Hauptgrund darin, daß seinerzeit bei Gründung der Sprachenklassen zwei Jahrgänge gleichzeitig aufgenommen wurden, von denen ab Ostern eben nur noch einer vorhanden ist. Der Fall wird sich also nicht wiederholen. Es werden Bedenken laut, ob das Ministerium eine so schwache Klasse genehmigen wird. Das wäre nun allerdings ein unbegreiflicher Standpunkt des Ministeriums — man möchte sagen: ein unmöglicher. Im Interesse jener Kinder und ihrer Eltern könnte man sich damit einfach nicht abfinden. (D. B.) Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Wertliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Im Schaukasten von Tischlermeister Strubel in der Bahnhofstraße ist bis Sonntag abend ein Gemälde von Kunstmaler Foerster ausgestellt, das dieser in den letzten Tagen geschaffen hat. Es ist eine getreue Wiedergabe unseres Schlosses, etwas vom Ausstellungsort des Bildes aus gesehen und in Spachtelmalerei ausgeführt. Das Gemälde zählt zu den besten Arbeiten des Künstlers, der während seines dreijährigen Sommeraufenthalts eine größere Anzahl von Landschaften geschaffen hat, die alle mit großer Liebe und feinstem Empfinden hergestellt sind, Wahrheit und Naturtreue atmen. Das Wichtigste des aus der Umgebung hervortretenden alten Schlosses ist genau so festgehalten wie die Ziertheiten des vor ihm liegenden Schloßgartens und der übrigen Umgebung. Foerster's besonderes Talent verkörperlt sich aber in seinen Porträts, von denen er in leichter Zeit eine größere Anzahl in Öl und Pastell ausgeführt hat. Wer sie sehen durste, war freitlich entzückt von der sprechenden Naturtreue des Bildes mit dem Original. Eine Ausstellung von Foersters Arbeiten, wie sie uns vor 1½ Jahren geboten wurde, würde sicher vielen Kunstreunden eine angenehme Stunde bereiten. Wie uns der Künstler, der nächste Tage Dippoldiswalde verlässt, versichert, ist er nicht abgeneigt, eine solche Ausstellung bei seiner Rückkehr im Februar in die Wege zu leiten und vielleicht einige allgemein aufklärende Vorträge dazu halten.

Bei Gelegenheit der Festlichkeit der Fleischherinnung, die am gestrigen Freitag zu Ehren des derzeitigen Obermeisters, Fleischmeisters Oskar Straßberger, der an diesem Tage 25 Jahre Meister war, veranstaltet wurde, widmete die Innung demselben eine Ehrenurkunde mit herzlichem Danke für seine Tätigkeit als Obermeister und mit den besten Wünschen für die Zukunft.

Auf das am 6. November (Kirmesmontag) in der Reichskrone stattfindende Militäerkonzert sei bereits jetzt schon hingewiesen. Musikdirektor Helbig, der mit seiner Kapelle von früher hier in besserer Erinnerung steht, bringt ein vorzüglich zusammengestelltes Programm, u. a. die H-Moll-Symphonie von Schubert und die Peer-Genty-Suite von Grieg, somit allen Freunden guter Musik einen besonderen Genuss.

— Tagesordnung für die 23. Stadtverordnetensitzung Montag den 30. Oktober 1922 abends 8 Uhr. Offizielle Sitzung: Kenntnisnahme von der Gaspreiserhöhung, von der Staatsbedrille für die Handels- und Gewerbeschule und von den erhöhten Brandversicherungstypen. — Erhöhung des Einlegerzinses bei der Sparkasse. — Mietvertrag für die Bürgermeisterwohnung. — Eventueller Unterrichtsplan für die Bürgerschule ab Ostern 1923. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Die Lebendende Lehrer Pöschers haben in früheren Jahren, besonders als Genannter noch hier weile, aber auch später, sich gegen Aufpruchs erfreut. Jeder Teilnehmer wird sich noch gern des Abends erinnern, da Lehrer Pöschler Dichtungen von Ernst Jahn vortrug. Diese Abende wieder aufzunehmen, war der Gewerbeverein gern bereit. Am Montag wird der erste soviel sind geplant) stattfinden und wird an Ihnen W. Pöschler über „Dichtungen deutscher Frauen“ lesen. Sachen von Einer-Eichenbach,

Drosse-Hülfshoff, von Thea von Harbon u. a. werden vorgetragen werden. Die Lebendende finden in einem Raum der städtischen Handels- und Gewerbeschule im Erdgeschoss des neuen Schulgebäudes statt und beginnen punkt 7 Uhr, da der Vortragende um 9 Uhr wieder wegsliegt.

Die für gestern Freitag abend 1/2 7 Uhr nach der „Reichskrone“ einberufene öffentliche Beamtenversammlung war ziemlich gut besucht und wurde kurz vor 1/2 8 Uhr durch den Einberuber, Stadtrat Voigt, eröffnet, der sofort dem Referenten, Ministerialrat Dr. Schröder, das Wort gab. Dieser führte u. a. aus: Der morgende Tag, der 28. Oktober, ist ein wichtiger Tag. Allem legte vor vier Jahren der letzte Kaiser die Macht nieder, und sie ging über auf das Volk. Der 9. November brachte den Übergang vom Böhmischen zum Rechtsstaat. Die Weimarer Verfassung dokumentierte das. Freiheit den Geist dieser Verfassung durchzuführen, sei nur möglich, wenn die Beamten von diesem Geiste durchdrungen seien. Redner ging dann ein auf die Gründung des Reiches, auf dessen Großwerden unter Umständen und durch Verhältnisse, die dem Welterschenden gar bald die Überzeugung beigebracht hätten, daß das von Bestand nicht sein konnte. Er stellte den alten Staat dem neuen gegenüber, erläuterte die Art der Ausübung der höchsten Gewalt in beiden und ihre Stellungnahme den Beamten gegenüber. Der alte Staat habe nur erstrebt und bejessen die Militär-, die Justiz-, die Polizei- und die Finanzgewalt, die er brauchte zur Ausübung der Macht; der neue Staat erstrebt die Wohlthat des ganzen Volkes. Der alte Staat habe die Beamten horizontal geschichtet. In die höchsten Ämter konnte nur kommen, wer den Machthabern nahe stand oder der, dessen Vater ein großes Portemonnaie hatte. Im neuen Staat könne jeder Beamte zu den höchsten Stellen gelangen, wenn er die Fähigkeiten besaß. Diese allein seien ausschlaggebend. Und so werde gehandelt nach dem schönen, wenn auch viel veralteten, verholteten und mißverstandenen Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen“. Im alten Staat hätten viele Beamte „Radschärfertigkeit“ getrieben (oben dienern, unten treten), im neuen Staat sei jeder in gleicher Weise Diener des Volkes, alle sollten aus freiem Willen der Gemeinschaft dienen. Das sei eine Forderung des Rechtsstaates. Dass für die oberen Beamten schicht Universitätsstudium nötig sei, bestreite er. Aus Erfahrung kenne er zwar auch keine Vorteile. Aber was man dort lerne, sei höchstlich doch nur formales Wissen, nicht aber das gerade in solcher Stellung so notwendige lebendige Verständnis für die Bedürfnisse der breiten Volkschichten. Wenn man sage, die sehr hohen Gehälter in den oberen Beamtenklassen seien nötig, da sonst die Industrie diese Leute wegziehe, so meine er, wer nur des Wammons wegen dem Staat diene, der möge ruhig gehen; besserer und fähiger Erbtag finde unter den Zurückbleibenden sich sicher. Weiter ging Redner ein auf Wahlplakate der Deutschen Volkspartei und widerlegte sie. Wenn in einem desgleichen in die Regierung Männer verlangt würden, die die schwere Kunst des Regierens gelernt haben, so sei er damit voll einverstanden. Im alten Staat hätten wir solche Sicherheit nicht gehabt, das beweist unsre heutige trostlose Lage, auf die Redner näher einging. An ihr seien nächst dem Verfaller Vertrag schuld die Großgardeier und Großkapital in der Industrie, weniger der Großhandel, garnicht der Kleinhandel. Sähe die Kaiserliche Regierung heute noch in Berlin, so hätten die Beamten, besonders die mittleren und die unteren, sicher geringere Leistungszulagen als heute. Habe man doch sogar die Frauen- und Kinderzulagen nach Gehaltsgruppen feststellen wollen, was die Sozialdemokraten verhinderten, usw. usw. Wer also wolle, daß die alten Zustände der Reichslosigkeit des Beamten nicht wiederkehren, sondern daß es vorwärts und aufwärts gehe, und wer insbesondere wolle, daß in Sachen das neue, gerechte Beamtenzulagsgebot auch wirklich Geleiwerde, der müsse für den Landtag die sozialdemokratische Liste wählen. Nach einer Aussprache gegen uns für die Ausführungen des Referenten nahm letzter das Schlusswort, worauf Stadtrat Voigt mit der nochmaligen Aufforderung zur Abgabe des sozialdemokratischen Stimmzettels bei der Landtagswahl die erste Dippoldiswalder öffentliche Wahlversammlung „dieser Saison“ schloß.

Offizielle Volksversammlungen finden heute Sonnabend abend in Reichstädt, Schusters Galbfeld, (Referent Redakteur Bombach-Dresden) und morgen Sonntag nachmittag in Reinhardtsgrimm, Erbgericht, (Referent Stadtrat Voigt-Dippoldiswalde) statt.

Stern-Lichtspiele. Am Sonntag wird der Sittensfilm „Sappho“ aufgeführt. Das Werk erzielte bei seinen Erfolgsführungen in Berlin und Leipzig die größten Erfolge, was wohl neben dem glänzenden Spiel der weltberühmten Filmdiva Pola Negri, vor allem auch auf die durchgehend erstklassige Darstellung zurückzuführen ist, denn die übrigen Mitwirkenden, wie Albert Steinrück, Johannes Riemann usw., sind ausnahmslos bekannte Schauspielkräfte. Im heiteren Teil erscheint das beliebte Knopphorn.

Glasbühne. Einen schönen Beweis des Verständnisses für die Notlage Anderer lieferten Landwirte der Gemeinde Dittersdorf, die 15 Zentner Kartoffeln unentgeltlich für bösige Arme zur Verfügung stellten.

Mittweida. Nachdem die Brüder Hofmann in New York (gebürtige Mittweidenser) bereits kürzlich 70 000 M. für Unterstützung armer Leute geschenkt haben, stiftete jetzt gelegentlich einer ihrer diesjährigen Anwesenheit der gleichfalls in New York wohnende dritte Bruder Georg Hofmann erneut 130 000 M. für gleiche Zwecke. Die Geschenke werden als Hofmann-Stiftung vom Wohltätigkeitsverein „Bienenstock“ dem Wunsche des Stifters entsprechend verwendet.

Schneeberg. Als die von Bierling in Dresden gegossenen neuen Bronzeglocken für die Kirche in Griesbach an ihren Bestimmungsort gebracht werden sollten, brach der Balken mit dem Glockenzug und die große Glocke stürzte auf den Friedhof, blieb aber unversehrt. Am Sonntag erfolgte die Weihe des Geläutes, dessen Kosten sich auf 60 000 M. belaufen, durch Pfarrer Conrad.

Obersdorf. Der Kraftwagenführer Bachmann, der mit zweit Bekannten in dem Auto des Direktors einer Zittauer Firma eine Schatzfahrt unternahm, überfuhr hier eine aus ihrem Hause tretende 65 Jahre alte Frau tödlich. Bachmann und seine Bekannten bißten zunächst an, fuhren dann aber davon, konnten jedoch ermittelt werden. Bachmann und einer seiner Begleiter wurden festgenommen.